Politik trifft Praxis: MdB Roland Theis zu Gast in St. Wendel

Wichtiger Austausch. Prävention stärken, Zahnmedizin mitdenken und die Realität der Praxen in politische Entscheidungen einbeziehen: Bei einem Besuch des Bundestagsabgeordneten Roland Theis in der Zahnarztpraxis von Dr. Jeannine Bonaventura in St. Wendel standen zentrale gesundheitspolitische Fragen auf der Agenda.

Autor: FVDZ

Wie wirken sich politische Entscheidungen tatsächlich auf den Alltag einer Zahnarztpraxis aus? Und welche Erfahrungen aus der täglichen Versorgung müssen stärker in gesundheitspolitische Debatten einfließen? Darüber tauschte sich Roland Theis MdB (CDU) bei einem Praxisbesuch mit Dr. Jeannine Bonaventura, stellvertretende Bundesvorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ), aus.

Für Bonaventura war bewusst die eigene Praxis der Ort des Gesprächs. Denn gesundheitspolitische Rahmenbedingungen zeigen ihre konkreten Auswirkungen dort, wo Patientinnen und Patienten versorgt werden und Zahnärztinnen und Zahnärzte zugleich die medizinische und wirtschaftliche Verantwortung für ihre Praxen und ihre Beschäftigten tragen.

„Wer über die Zukunft unserer Gesundheitsversorgung entscheidet, muss auch wissen, wie der Alltag in unseren Praxen aussieht. Der direkte Austausch zwischen Politik und denjenigen, die jeden Tag Versorgung leisten, ist deshalb unverzichtbar“, betonte Bonaventura.

Prävention: Zahnmedizin stärker einbeziehen

Einen Schwerpunkt des Gesprächs bildete die Prävention. Die Zahnmedizin kann hier auf eine jahrzehntelange Erfolgsgeschichte verweisen. Gruppen- und Individualprophylaxe, regelmäßige Vorsorge und eine konsequente Ausrichtung auf den Erhalt der Mundgesundheit haben dazu beigetragen, Erkrankungen frühzeitig zu erkennen oder möglichst ganz zu verhindern.



© Honkphoto

Aus Sicht des FVDZ sollte dieses Potenzial künftig stärker für die allgemeine Gesundheitsprävention genutzt werden.

Zahnärztinnen und Zahnärzte sehen einen großen Teil der Bevölkerung regelmäßig – häufig auch Menschen, die sonst nur selten medizinische Leistungen in Anspruch nehmen. Die Mundhöhle kann dabei Hinweise auf Erkrankungen, gesundheitliche Risiken und bestimmte Verhaltensweisen geben. Prävention in der Zahnarztpraxis endet deshalb nicht an der Zahnreihe.

Gerade bei Tabak-, Alkohol- und Drogenkonsum können Veränderungen im Mund- und Zahnbereich frühzeitig sichtbar werden. Zahnärztinnen und Zahnärzte können Auffälligkeiten erkennen, Patienten ansprechen, sensibilisieren und gegebenenfalls eine weitere medizinische Abklärung empfehlen.

„Wir sollten die Zahnarztpraxis viel stärker als Ort der Prävention begreifen. Wir sehen unsere Patientinnen und Patienten regelmäßig und haben damit eine Chance, gesundheitliche Risiken frühzeitig anzusprechen. Dieses Potenzial lassen wir gesundheitspolitisch bislang zu häufig ungenutzt“, sagte Bonaventura.

Präventionsgesetz weiterentwickeln

Daraus ergibt sich für den FVDZ auch ein konkreter politischer Ansatzpunkt: Bei einer Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes beziehungsweise der Regelungen zur Prävention im SGB V sollte die Zahnmedizin ausdrücklich stärker berücksichtigt werden.

Die zahnmedizinische Prävention ist im Sozialgesetzbuch bereits mit eigenen Regelungen verankert – etwa bei Gruppen- und Individualprophylaxe sowie bei der Prävention für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen. In den übergreifenden Strukturen der Primärprävention nach § 20 SGB V wird zahnmedizinischer Sachverstand dagegen bislang nicht ausdrücklich als einzubeziehende Expertise genannt.

Für den FVDZ ist das nicht mehr zeitgemäß. Prävention sollte sektorenübergreifend gedacht werden. Mundgesundheit und Allgemeingesundheit dürfen dabei nicht künstlich voneinander getrennt werden. Zahnärztliche Expertise sollte deshalb

bei der Entwicklung von Präventionsstrategien und -programmen selbstverständlich einbezogen werden.

Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, neue bürokratische Strukturen aufzubauen oder den Zahnarztpraxen zusätzliche Dokumentationspflichten aufzuerlegen. Vielmehr sollte das genutzt werden, was bereits vorhanden ist: regelmäßige Patientenkontakte, zahnmedizinische Kompetenz und eine traditionell stark präventionsorientierte Versorgung.

„Wenn wir politisch mehr Prävention fordern, dürfen wir die Zahnmedizin nicht außen vor lassen. Mein Ziel ist nicht mehr Bürokratie in den Praxen, sondern eine sinnvolle Einbindung unserer Kompetenz in eine umfassende Präventionsstrategie“, erklärte Bonaventura dem CDU-Politiker.

Prävention statt später Reparatur

Auch mit Blick auf die finanzielle Situation der gesetzlichen Krankenversicherung wurde diskutiert, welchen Stellenwert Prävention künftig haben muss. Eine nachhaltige Gesundheitspolitik darf sich nicht ausschließlich damit beschäftigen, wie bereits entstandene Erkrankungen finanziert werden. Sie muss stärker danach fragen, wie Erkrankungen vermieden oder möglichst früh erkannt werden können.

Berufspolitische Forderungen nicht abstrakt formulieren

Die Zahnmedizin zeigt seit vielen Jahren, dass eine konsequente Präventionsstrategie funktionieren kann. Diese Erfahrungen sollten auch in die Diskussion um die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens einfließen.

Für den FVDZ gehört dazu allerdings auch, Prävention nicht durch falsche finanzielle Anreize oder Budgetierungsmechanismen auszubremsen. Wer Prävention politisch stärken will, muss Praxen die notwendigen Freiräume dafür geben.

Selbstständige Zahnärztinnen nicht vergessen

Ein weiterer Gesprächsschwerpunkt war die Situation selbstständiger Zahnärztinnen während Schwangerschaft und Mutterschutz. Während angestellte Frauen durch das Mutterschutzrecht umfassend abgesichert sind, stellt sich die Situation für selbstständige Praxisinhaberinnen grundlegend anders dar. Sie tragen weiterhin Verantwortung für ihre Praxis, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, laufende Kosten und bestehende Verpflichtungen.

Bonaventura machte deutlich, dass es dabei nicht um eine Übertragung des Mutterschutzes für Arbeitnehmerinnen auf Selbstständige gehen könne. Vielmehr brauche es Lösungen,



die der unternehmerischen Verantwortung und der persönlichen Entscheidungsfreiheit selbstständiger Frauen Rechnung tragen.

Der FVDZ setzt sich deshalb für einen freiwilligen Mutterschutz für Selbstständige ein: mit einer verlässlichen Absicherung, aber ohne die Selbstbestimmung von Unternehmerinnen durch starre gesetzliche Vorgaben einzuschränken.

Wirtschaftliche Realität gehört zur Versorgungspolitik

Auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Praxen kamen zur Sprache. Steigende Personal- und Betriebskosten, zunehmende Bürokratie und politische Eingriffe in die Vergütung treffen unmittelbar auf den Versorgungsalltag.

Gerade inhabergeführte Praxen sind nicht nur medizinische Einrichtungen. Sie sind Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe und mittelständische Unternehmen. Wer über die Sicherstellung einer wohnortnahen ambulanten Versorgung spricht, muss deshalb auch über wirtschaftliche Tragfähigkeit und attraktive Bedingungen für die Niederlassung sprechen.

Für Bonaventura gehört genau dieser Blick zur Aufgabe des FVDZ: berufspolitische Forderungen nicht abstrakt zu formulieren, sondern aus der Realität der Kolleginnen und Kollegen heraus.

Der Dialog muss weitergehen

Der Praxisbesuch bot die Möglichkeit, politische Fragestellungen unmittelbar mit konkreten Erfahrungen aus der Versorgung zu verbinden. Genau diesen Austausch will der FVDZ weiter intensivieren. „Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, die bereit sind, zuzuhören und sich ein eigenes Bild von der Versorgung zu machen. Gleichzeitig müssen wir Zahnärztinnen und Zahnärzte unsere Erfahrungen und unsere Lösungsvorschläge selbstbewusst in die Politik tragen“, resümierte Bonaventura.

Der Besuch in St. Wendel soll deshalb kein Einzeltermin bleiben. Denn eine zukunftsfähige Gesundheitspolitik entsteht nicht allein in Ministerien und Parlamenten. Sie braucht den Austausch mit den Menschen, die Versorgung jeden Tag praktisch gestalten. ■